

Neue Bundesländer: Wohnungsmieten 1994 und Stand der Modernisierungsmaßnahmen — Ergebnisse des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) ..	181
Bulgarien: Anzeichen für ein Ende der Rezession	188

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

WOCHENBERICHT 8/95

Berlin

Stöglin

23. Februar 1995

62. Jahrgang

Neue Bundesländer: Wohnungsmieten 1994 und Stand der Modernisierungsmaßnahmen Ergebnisse des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP)¹

Nach den sprunghaften Mieterhöhungen in den Jahren 1992 und 1993 ist die Miete zum Jahresbeginn 1994 in den neuen Bundesländern gemäß der Regelung in der zweiten Grundmietenverordnung erneut gestiegen; im Frühjahr des Jahres 1994 war die Bruttokaltmiete² pro Quadratmeter im Durchschnitt um 14 vH höher als im Vorjahr. Der im Einigungsvertrag vorgesehene Prozeß der Angleichung der Mieten zwischen West- und Ostdeutschland hat sich fortgesetzt; in Westdeutschland ist die Bruttokaltmiete 1994 im Vergleich mit dem Vorjahr nur um rund 5 vH gestiegen (vgl. Abbildung 1). Die durchschnittlichen Bruttokaltmieten pro Wohnung in Ostdeutschland entsprachen 1994 etwa 60 vH der Miete in Westdeutschland, pro Quadratmeter lag dieser Wert in Ostdeutschland schon bei reichlich 70 vH. Wegen der geringeren Zunahme der Haushaltsnettoeinkommen in Westdeutschland im Vergleich mit Ostdeutschland hat sich der Abstand der durchschnittlichen Kaltmietbelastungsquoten (Anteil der Bruttokaltmiete am Haushaltsnettoeinkommen) 1994 wieder von 5,5 Prozentpunkten im Vorjahr auf knapp 7 Prozentpunkte erhöht. Unter Berücksichtigung der in den neuen Bundesländern im allgemeinen höheren Kosten für Heizung und Warmwasser beträgt der Abstand der Warm-Mietbelastungsquoten jedoch nur 6 Prozentpunkte. Wenn die eingeleitete Verbesserung der maroden Altbausubstanz und die Modernisierung der Betonplattenbauten weiter schnell vorankommen soll, sind allerdings weiterhin deutliche Mieterhöhungen notwendig.

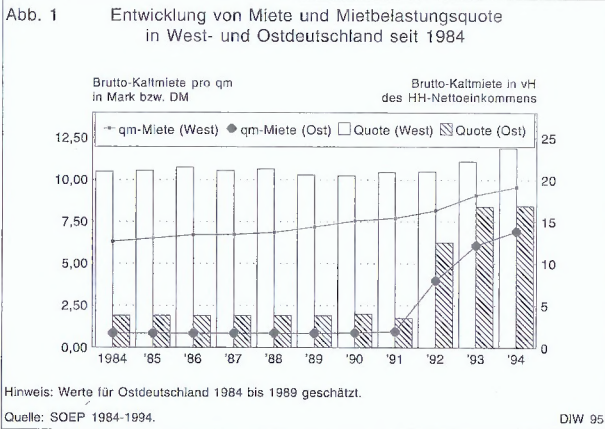
Hohe Investitionstätigkeit zur Verbesserung der Wohnsituation

Der Trend zur Angleichung der Wohnverhältnisse zwischen Ost- und Westdeutschland macht dank der starken Neubautätigkeit³ und der Modernisierungsmaßnahmen zwar Fortschritte, doch sind die Renovierungsbedürftigkeit der Altbaubestände und der Plattenbauten hohe Hindernisse. Während in Westdeutschland nur ein Drittel der Mie-

¹ Ausgewertet werden die wohnungsbezogenen Daten des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP), einer repräsentativen Längsschnittuntersuchung privater Haushalte in Deutschland. Die Panelbefragungen werden im jährlichen Rhythmus bei denselben Haushalten durchgeführt. Bereits im Juni 1990, also noch vor der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion mit der DDR, wurde das SOEP auf Ostdeutschland ausgedehnt. In den neuen Bundesländern werden etwa 2000 Haushalte befragt; neben den klassischen Variablen zur Wohnsituation, wie der Wohnungsgröße und den Wohnkosten, wird insbesondere nach der Beurteilung der Wohnungsgröße und den Wohnkosten sowie allgemein der Wohnzufriedenheit gefragt. Schwerpunktmäßig analysiert werden die Daten der fünften Befragungswelle des SOEP, die im Frühjahr 1994 erhoben wurde. Dabei wurde an die frühere Berichterstattung angeknüpft. Vgl. zuletzt: Wohnungsmieten in Ost- und Westdeutschland 1993. Bearb.: Joachim Frick und Herbert Lahmann. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 21/94.

² Kaltmiete einschließlich der Nebenkosten für Wasser, Abwasser und Müllbeseitigung.

³ Vgl. Wohnungsbau 1995 weiter auf hohem Niveau. Bearb.: Bernd Bartholmai. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 5/95.



ter ihre Wohngebäude als zumindest teilweise renovierungsbedürftig einschätzt, belief sich dieser Anteil in Ostdeutschland im Jahr 1994 auf reichlich drei Viertel (vgl. Tabelle 1). Der Anteil der als „gut“ eingestuftten Gebäude hatte in den Jahren 1990 bis 1993 abgenommen. Im Jahr 1994 ist offenbar eine Stabilisierung in der Bewertung des Gebäudezustandes zu verzeichnen; erstmals geht der Anteil der von den Mietern als „gut“ bewerteten Wohngebäude nicht weiter zurück.

Seit 1990 haben die Instandsetzungs- und Modernisierungsleistungen kräftig expandiert. Für die Finanzierung dieser Maßnahmen waren im Einigungsvertrag zum 1.10.1991, 1.1.1993 und 1.1.1994 Erhöhungen der ursprünglich außerordentlich niedrigen Grundmieten festgesetzt worden. Trotz der deutlichen Mietsteigerungen hat nur knapp ein Drittel der Hauptmieter im Zeitraum vom Frühjahr 1992 bis zum Frühjahr 1994 von Modernisierungsmaß-

nahmen profitiert (vgl. Tabelle 2). Dabei ist insbesondere zu beachten, daß kommunale Wohnungen nur zu 22 vH modernisiert wurden, während private Eigentümer die Qualität ihrer vermieteten Wohnungen bereits zu 46 vH verbessert haben. Selbstnutzende Eigentümer haben ihre Wohnungen in deutlich höherem Maß modernisiert; reichlich zwei Drittel von ihnen hatte im Zeitraum vom Frühjahr 1992 bis zum Frühjahr 1994 mindestens eine der folgenden Arbeiten durchgeführt: Modernisierung der Küche, des Sanitärbereichs oder des Heizungssystems bzw. neue Fenster eingebaut. Neben der größeren Eigenverantwortung haben private Eigentümer insbesondere aufgrund höherer Einkommen bessere Einflußmöglichkeiten auf den Zustand des bewohnten Gebäudes als Mieterhaushalte.

Für viele kommunale Wohnungsbaugesellschaften sind unter Rentabilitätsaspekten selbst die bislang deutlich gestiegenen Mieten nur eine unzureichende finanzielle Basis, um die in der Regel umfangreichen Modernisierungsmaßnahmen in Angriff zu nehmen. Wenn sie dennoch tätig geworden sind, dann nur, weil eigene finanzielle Mittel vorhanden waren und öffentliche Förderangebote (Zuschüsse, Kredite) genutzt werden konnten⁴. Deshalb haben in den vorangegangenen beiden Jahren die Modernisierungsmaßnahmen der kommunalen Wohnungsbaugesellschaften merklich zugenommen. Hingegen ist bei den privat vermieteten Wohnungen bereits eine leichte Abnahme der hohen Investitionstätigkeit festzustellen. Dabei könnten die weiterhin bestehenden Investitionshemmnisse durch unklare Eigentumsverhältnisse eine Rolle

⁴ Vgl. Wohnungspolitik für die neuen Länder — Expertenkommission Wohnungspolitik. Gutachten im Auftrage der Bundesregierung. 15.10.1994, Bonn.

Tabelle 1

Renovierungsbedürftigkeit der Wohngebäude in Ostdeutschland
Anteile an allen Wohngebäuden im Jahr (vH)

	Gebäudezustand ¹⁾								
	Gut			Teilweise renovierungsbedürftig			Ganz renovierungsbedürftig bzw. abbruchreif		
	Alle Haushalte	Hauptmieter	Eigentümer	Alle Haushalte	Hauptmieter	Eigentümer	Alle Haushalte	Hauptmieter	Eigentümer
1990	46	40	62	28	31	19	26	29	19
1991	35	28	52	50	53	42	15	19	6
1992	31	23	50	53	57	45	16	20	5
1993	29	22	49	53	56	45	18	22	6
1994	31	23	53	51	56	41	18	21	6

¹⁾ Beurteilung durch den Haushaltsvorstand.

Quelle: SOEP-Ost 1990-1994.

Tabelle 2

Modernisierungsmaßnahmen an Wohnungen in Ostdeutschland¹⁾
von 1992 bis zum Frühjahr 1994

Modernisierung von	Insgesamt	Eigentümer	Hauptmieter		
			Alle	Kommunale Wohnung	privater Eigentümer
Küche	6,8	10,2	4,9	4,6	7,5
Bad/WC	10,2	18,0	6,9	4,4	13,7
Heizung	16,3	27,8	11,9	4,9	24,1
Fenster	19,1	32,6	14,0	7,9	25,3
Sonstiges	19,6	37,0	13,1	10,9	16,2
Alle Maßnahmen	41,0	68,7	30,2	22,0	46,0

¹⁾ Anteile jeweils bezogen auf alle Haushalte gemäß Spaltenbezeichnung.
Quelle: SOEP-Ost 1993 und 1994.

spielen. Das Investitionsvorranggesetz gilt nicht für vermietete Wohngebäude. Die Expertenkommission Wohnungspolitik hat deshalb empfohlen, das Investitionsvorranggesetz auf vermieteten Wohnraum auszuweiten, um die „Blockade bei schwierigen Restitutionsfällen überwinden zu helfen“⁵.

**Vorübergehende Abschwächung
beim Tempo der Mieterhöhungen**

Innerhalb von vier Jahren hat sich die pro Quadratmeter zu zahlende Miete in den neuen Bundesländern von etwa 90 Pfennig (1990) auf 6,90 DM erhöht, also um knapp 700 vH. Aufgrund der in diesem Zeitraum zügig gestiegenen Einkommen errechnet sich allerdings lediglich eine Vervielfachung der Mietbelastungsquote auf durchschnittlich 17 vH. Der Abstand zwischen der Kalt- und der Warmmiete ist in Ostdeutschland weiterhin deutlich höher als in Westdeutschland, da bei schlechter Wärmedämmung und häufig fehlender Möglichkeit zur individuellen Wärmeregulierung die Kosten für Heizung und Warmwasser in den neuen Ländern höher sind. Hier gibt es über Maßnahmen wie dem Einbau neuer Heizsysteme und neuer Fenster erhebliche Möglichkeiten die Kosten zu senken. Nach Auskunft einiger Wohnungsbaugesellschaften⁶ sind Reduzierungen bei der Heizkostenpauschale um über 40 vH zu erreichen.

Die vom Gesetzgeber initiierten Mieterhöhungen, deren Ausmaß sich am Gebäudezustand und der Ausstattung der Wohnung orientiert, haben dazu geführt, daß diese Kriterien zum wichtigsten Bestimmungsgrund für die Höhe der Wohnkosten in Ostdeutschland geworden sind (vgl. Tabelle 3). So beträgt die Spreizung der Mieten pro Quadratmeter zwischen „guten“ bzw. „ganz renovierungsbedürftigen“ Wohngebäuden in Ostdeutschland 20 Prozentpunkte ge-

genüber nur 7 Prozentpunkten in Westdeutschland. Dagegen führt bei dem allgemein hohen Wohnstandard in Westdeutschland das Fehlen von Sanitäreinrichtungen (Bad) und modernen Heizsystemen zu deutlich niedrigeren Mieten (Indexwerte 72 bzw. 76) als in Ostdeutschland (Indexwerte 89 bzw. 93). Im Gegensatz zu Westdeutschland gingen die Mieterhöhungen in Ostdeutschland überwiegend nur mit einer geringen Verbesserung des Wohnumfelds einher. Nicht zuletzt wegen fehlender öffentlicher Mittel bestehen hier erhebliche Mängel.

Im Gegensatz zur Entwicklung in Westdeutschland, wo in den nach 1981 entstandenen Wohngebäuden die höchsten Mieten zu zahlen sind (Indexwert 127), sind die Mieten in den neuen Ländern merklich niedriger (Indexwert 104). Die hohen Marktmieten für Neubauten haben sich trotz der regen Bautätigkeit noch nicht in einem deutlichen Anstieg der Durchschnittsmieten für diese Baualtersstufe niedergeschlagen, da der Anteil der nach 1981 errichteten Wohnungen am gesamten Mietwohnungsbestand in Ostdeutschland relativ hoch ist (19 vH, Westdeutschland: 8 vH). Allerdings zeigt sich deutlich, daß der hohe Modernisierungsaufwand der häufig privaten Eigentümer von 1- bis 2-Familienhäusern in kleineren Gemeinden (2 000 bis 20 000 Einwohner) schon zu kräftigen Mieterhöhungen geführt hat. Die pro Quadratmeter zu zahlende Miete von etwa 8 DM unterscheidet sich nur noch wenig von der in Westdeutschland. Auffällig sind die sogar unter dem Durchschnitt aller Wohnungen liegenden Mieten in ostdeutschen Großstädten mit über 500 000 Einwohnern; in den alten Ländern ist der entsprechende Wert erheblich höher (Indexwert 109).

⁵ Vgl. Wohnungspolitik für die neuen Länder ..., a.a.O., S. 5.

⁶ Vgl. z.B. Wohnungsbaugesellschaft Berlin-Mitte GmbH, Mieterinformation vom 22.6.1994.

Tabelle 3

Wohnungsmieten der Hauptmieter in Deutschland
1994

	Westdeutschland		Ostdeutschland		nachrichtl.: Mietrelation Ost in vH von West
	Miete ¹⁾ DM/qm	Index	Miete ¹⁾ DM/qm	Index	
Insgesamt (Durchschnitt)	9,58	100	6,92	100	72
Gebäudezustand					
gut	9,83	103	7,60	110	77
teilw. renovierungsbedürftig	9,20	96	6,93	100	75
ganz renovierungsbedürftig	9,15	96	6,23	90	68
Baujahr					
vor 1919	8,54	89	6,25	90	73
1919 bis 1948	8,68	91	6,61	96	76
1949 bis 1971	9,31	97	7,22	104	78
1972 bis 1980	10,61	111	7,44	108	70
1981 und später	12,14	127	7,23	104	60
Wohndauer					
bis unter 5 Jahre	10,65	111	7,02	101	66
5 bis unter 12 Jahre	9,36	98	7,04	102	75
12 und mehr Jahre	8,72	91	6,78	98	78
Gemeindegröße					
bis unter 2000 Einwohner	7,55	79	6,79	98	90
2000 bis u. 20000 Einwohner	9,18	96	7,39	107	81
20000 bis u. 100000 Einwohner	8,98	94	6,81	98	76
100000 bis u. 500000 Einwohner	9,52	99	6,83	99	72
500000 Einwohner und mehr	10,42	109	6,74	97	65
Gebäudetyp					
landwirtschaftl. Wohngebäude	6,32	66	5,82	84	92
1-2 Familienhaus freistehend	8,31	87	8,04	116	97
1-2 Familien-Reihenhaus	8,49	89	6,37	92	75
Wohnhaus 3-4 Wohnungen	9,17	96	6,77	98	74
Wohnhaus 5-8 Wohnungen	9,69	101	6,69	97	69
Wohnhaus 9 u. mehr Wohnungen	10,71	112	7,01	101	65
Hochhaus	11,29	118	7,55	109	67
Ausstattung					
ohne Bad/Dusche	6,90	72	6,13	89	89
mit Bad/Dusche	9,63	101	7,01	101	73
o. Zentralh./mod. Heizsystem	7,30	76	6,41	93	88
mit Zentralh./mod. Heizsystem	9,91	103	7,35	106	74
Nachrichtlich:					
Bruttokaltmiete in DM	667		391		59
Wohnfläche in qm	72		60		83

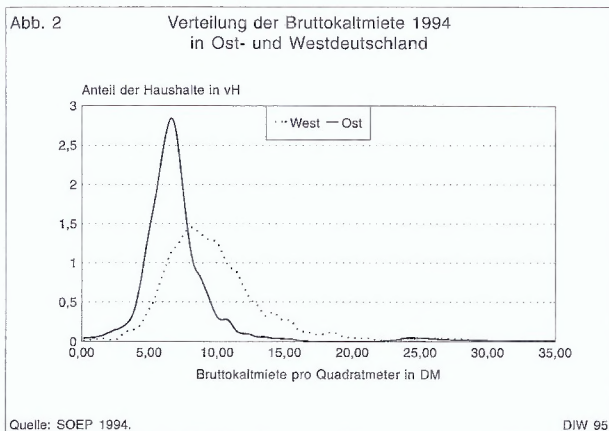
¹⁾ Kaltmiete der Hauptmieter-Haushalte einschließlich der Mietnebenkosten (Bruttokaltmiete).

Quelle: SOEP 1994.

Aufgrund der bisherigen Erhöhungen der Grundmieten zahlt nur noch rund ein Drittel der ostdeutschen Hauptmieter-Haushalte eine Bruttokaltmiete bis 6,00 DM pro Quadratmeter; in Westdeutschland sind dies rund 11 vH (Abbildung 2). Über 90 vH der ostdeutschen Hauptmieter zahlten 1994 weniger als die Durchschnittsmiete in Westdeutschland (9,58 DM). Neben diesem nach wie vor deutlichen Abstand zum Mietenniveau in den alten Ländern zeigt sich auch die insgesamt geringere Spreizung der ostdeutschen

Wohnungsmieten, was in erster Linie auf die pauschalen Mietanhebungen zurückzuführen ist. Der Abstand zwischen den niedrigsten und den höchsten 20 vH der ostdeutschen Mieten (bis 5,40 DM bzw. über 8,00 DM) beträgt lediglich 2,60 DM; in Westdeutschland ist der Vergleichswert mit 4,90 DM fast doppelt so hoch.

Im Durchschnitt der Jahre 1990 bis 1994 sind in den neuen Ländern rund 5 vH der Haushalte umgezogen. Mobilitätshemmnisse sind in Ost- wie in Westdeutschland



selbstgenutztes Wohneigentum sowie die zu erwartenden hohen Mieten in erstmals bzw. neu vermieteten Wohnungen. Unterschieden nach dem Eigentumsstatus im Jahre 1990 wechselten 16 vH der Hauptmieter innerhalb der folgenden vier Jahre ihren Wohnsitz, jedoch nur 4 vH der selbstnutzenden Eigentümer⁷. Berufsbedingtes Pendeln wird von vielen Haushalten einem Umzug vorgezogen⁸.

Eine Analyse der Mieterhaushalte, die im Zeitraum von Frühjahr 1993 bis Frühjahr 1994 umgezogen sind, zeigt, daß deren Miete sich um ein Fünftel erhöht hat (vgl. Tabelle 4). Die Wohnkosten dieser Haushalte sind damit doppelt so stark gestiegen wie die der immobilien Haushalte; die Mietbelastungsquote erhöhte sich jedoch nur um rund 3 vH. Dies deutet darauf hin, daß überwiegend solche Haushalte umziehen, die finanziell in der Lage sind, die erwartbaren Mietsprünge durch eine Steigerung des Haushaltseinkommens zu kompensieren. Höhere Einkommen dürften zudem oft auch ein Grund für einen Umzug gewesen sein. Mit dem Wohnungswechsel ergab sich im Durch-

schnitt auch eine deutliche Erhöhung der Wohnzufriedenheit.

Zahl der Wohngeldempfänger rückläufig

Seit dem 1.10.1991 gilt für die neuen Bundesländer das Wohngeldsondergesetz; im Unterschied zur Regelung in den alten Bundesländern sind auch die Ausgaben der Mieter für Heizung und Warmwasser einbezogen. Nach den Ergebnissen des SOEP hat 1993 ein Fünftel aller ostdeutschen Privathaushalte Leistungen nach dem Wohngeldsondergesetz erhalten (vgl. Tabelle 5)⁹. Die Inanspruchnahme von Wohngeld war unter den Hauptmietern mit knapp einem Viertel deutlich höher als bei den selbstnutzenden Eigentümern (12 vH erhielten Lastenzuschuß).

Die Zahl der Haushalte, die im Jahr 1993 Wohngeld erhielten —, ist gegenüber dem Vorjahr deutlich zurückgegangen. Ausschlaggebend war dabei, daß gemäß den per 1.1.1993 geänderten Prüfkriterien im Wohngeldsondergesetz sowohl zwischenzeitliche Einkommensänderungen als auch die aktuelle Einkommenssituation der Haushalte differenzierter berücksichtigt wurde. Da sich das Haus-

⁷ Insbesondere ein Umzug in die alten Bundesländer war innerhalb der Gruppe der Eigentümer kaum festzustellen.

⁸ Vgl. Ost-West-Pendeln gehört zur Normalität des gesamtdeutschen Arbeitsmarktes. Bearb.: Stefan Sandbrink, Jürgen Schupp und Gert Wagner. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 51-52/94.

⁹ Die Inanspruchnahme und die Höhe des Wohngeldes wird im SOEP jeweils für das vorangegangene Jahr erfragt. Damit wird dem Umstand Rechnung getragen, daß Wohngeld im Laufe eines Jahres in unterschiedlicher Höhe und für unterschiedliche Monate bezogen werden kann. Im SOEP wird nicht nach dem sogenannten „spitz berechneten“ Wohngeld (gemäß Wohngeldsondergesetz) und dem „pauschalisierten“ Wohngeld (gemäß Wohngeldgesetz) unterschieden. Vgl. dazu: Wohngeld in den neuen Ländern und Berlin-Ost 1992. Ergebnisse der Wohngeldstatistik. In: Wirtschaft und Statistik, Heft 5/1994, S. 358-363.

Tabelle 4

Veränderung von Mieten, Mietbelastungsquote und Wohnzufriedenheit 1993/1994

	Miete pro qm			Mietbelastungsquote			Wohnzufriedenheit ¹⁾		
	1993	1994	Veränderung in vH	1993	1994	Veränderung in vH	1993	1994	Unterschied 1994 geg. 1993
Immobil									
West	9,06	9,41	3,9	22,0	23,1	5,0	7,4	7,2	-0,2
Ost	6,17	6,89	11,7	17,0	17,1	0,5	6,3	6,4	0,1
Mobil ²⁾									
West	10,39	11,16	7,4	24,4	26,0	6,6	5,9	7,6	1,7
Ost	5,77	7,00	21,3	15,0	15,5	3,3	4,7	7,2	2,5

¹⁾ Zufriedenheit gemessen auf einer Skala von 0 (= ganz und gar unzufrieden) bis 10 (= ganz und gar zufrieden). — ²⁾ Umzüge zwischen Ost- und Westdeutschland werden aufgrund zu geringer Fallzahlen nicht dargestellt.

Quelle: SOEP 1993-1994.

Tabelle 5

**Miete und Mietbelastungsquote der Hauptmieter-Haushalte
in Deutschland 1994**

	Westdeutschland		Ostdeutschland		nachrichtl.: Anteil der Wohngeldempfänger 1993	
	Miete ¹⁾	Mietbelastungsquote	Miete ¹⁾	Mietbelastungsquote	West	Ost
	DM/qm	vH	DM/qm	vH	vH	
Insgesamt	9,58	23,8	6,92	16,9	8,4	24,4
1-Personen-Haushalte						
dar.: männlich	10,47	23,6	6,65	20,0	6,6	17,7
weiblich unter 65 Jahre	10,47	29,2	6,95	26,3	6,9	55,0
weiblich 65 J. und älter	8,74	29,3	7,34	21,9	12,8	45,9
Alleinerziehende	9,48	29,9	6,90	23,3	23,0	47,2
Paare mit Kindern unter 16 J.	9,25	20,8	6,78	13,5	9,8	22,5
Paare ohne Kinder	9,42	19,2	6,99	14,4	4,1	11,9
Haush. mindestens 1 Arbeitsloser	8,99	28,5	6,68	18,7	13,6	34,5
Haushalte ohne Arbeitslose	9,64	23,4	6,99	16,4	7,9	21,5
Haushalts-Nettoeinkommen						
bis 1000 DM	8,23	44,1	7,25	35,8	39,3	64,4
1000 - 2000 DM	9,06	32,1	6,94	22,2	16,6	44,2
2000 - 3000 DM	9,56	24,7	6,99	15,5	5,5	19,3
3000 - 4000 DM	9,44	19,6	6,65	12,2	6,0	10,6
4000 - 5000 DM	9,92	17,4	6,82	10,1	3,4	2,1
mehr als 5000 DM	10,48	15,3	6,87	8,8	0,3	0,6

¹⁾ Kaltmiete der Hauptmieter-Haushalte einschließlich der Mietnebenkosten (Bruttokaltmiete).
Quelle: SOEP 1994.

haltseinkommen bei vielen Mietern deutlich verbessert hatte, bestand trotz gestiegener Miete kein Anspruch auf Wohngeld. Auch im Jahr 1994 ist der Anteil der Wohngeldempfänger unter den Haushalten der Hauptmieter weiter, auf rund 16 vH, gesunken¹⁰. Unter den sozialen Gruppen mit einem besonders hohen Anteil an Wohngeldbeziehern finden sich neben Alleinerziehenden und alleinlebenden Rentnerinnen in zunehmendem Maße auch jüngere, alleinlebende Frauen. In der letztgenannten Gruppe sind überdurchschnittlich viele Arbeitslose enthalten (knapp 20 vH).

Bewertung von Wohnsituation und Wohnkosten

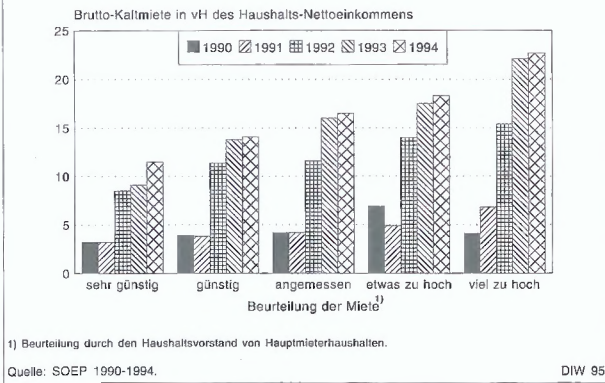
Die Einschätzung der zu zahlenden Miete durch die Mieter hatte sich nach dem starken Anstieg der Wohnkosten in den Jahren 1992 und 1993 erheblich verschlechtert. Die Haushalte orientierten sich weniger an der absoluten Miethöhe als an der Relation zwischen Miete und Haushaltseinkommen, also an der Mietbelastungsquote. Knapp die Hälfte der Haushalte hielt die Miete im Jahr 1994 noch für angemessen. Damit hat sich die Einschätzung der Wohnkostenbelastung gegenüber 1993 wieder etwas verbessert. Dies ist insofern plausibel, da die Mieterhöhungen im

Januar 1994 bei vielen der ostdeutschen Mieterhaushalte von ähnlich hohen Einkommenssteigerungen kompensiert wurden. Die durchschnittliche Mietbelastungsquote in Abhängigkeit von der Beurteilung der Mieten (vgl. Abbildung 3) belegten eine zunehmende Akzeptanz der Erhöhungen im Zeitverlauf. So entsprach der Bewertung „viel zu hoch“ im Jahr 1992 noch eine durchschnittliche Belastung von 15 vH des Nettoeinkommens; dieser Wert entspricht 1994 einer „angemessenen Mietbelastung“. Als „viel zu hoch“ werden seit 1993 Mietbelastungsquoten von über 20 vH eingestuft.

Die Wohnzufriedenheit, interpretiert als Saldo der Einschätzung zur gesamten Wohnsituation (einschließlich der Wohnkosten), ist für alle Haushalte in Ostdeutschland in den ersten drei Jahren des Transformationsprozesses deutlich gesunken. Die besseren Vergleichsmöglichkeiten mit der Qualität westdeutscher Wohnungen dürfte insbesondere bei den Mietern zu einer Abnahme der Wohnzufriedenheit geführt haben. Die leichte Verbesserung, die

¹⁰ Vgl. Mieten und wirtschaftliche Situation der Mieter vor dem Übergang in das Vergleichsmietensystem in den neuen Ländern. Ergebnisse der Mieterbefragung 1994. Hrsg. Institut für Stadtforschung und Strukturpolitik (IFS), Berlin 1994.

Abb. 3 Mietbelastungsquoten ostdeutscher Hauptmieter-Haushalte 1990 bis 1994



sich 1994 erstmals zeigt, ist vermutlich ein Reflex auf die Modernisierungs- und Instandsetzungsmaßnahmen. Selbstnutzende Eigentümer hatten hingegen schon 1993 einen dem Ausgangsniveau vergleichbaren Wert erreicht.

Resümee

Die Mieten in Ostdeutschland sollen gemäß der Regelung im Einigungsvertrag weiterhin unter Berücksichtigung der Einkommensentwicklung steigen. Für die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte wird im Jahr 1995 im Durchschnitt mit einer Zunahme von 4,5 vH gerechnet¹¹. Eine Mietsteigerung in dieser Größenordnung wird jedoch für die erforderlichen hohen Investitionen zur Modernisierung des Wohnungsbestandes nicht ausreichen.

Die Qualität des ostdeutschen Wohnungsbestandes hat sich im Zusammenhang mit den vielfältigen Aktivitäten der Wohnungseigentümer — aber auch der Mieter selbst — sichtlich verbessert. Dennoch kommt der Prozeß der Angleichung der Wohnverhältnisse an westdeutsche Standards nur langsam voran. Dies betrifft insbesondere den Nachholbedarf bei Modernisierungs- und Instandsetzungsarbeiten der ehemals volkseigenen Wohnungen, die sich heute in kommunalem Besitz befinden. Zu deren Finanzie-

rung sowie zur Bedienung der Altschulden sind weitere Mieterhöhungen unumgänglich.

Mietsteigerungen wie in den Vorjahren sind ohne entsprechende Einkommensverbesserungen für die Mehrzahl der Haushalte kaum bezahlbar. Dabei ist insbesondere zu berücksichtigen, daß der Anteil der Haushalte in Einkommensarmut in den neuen Ländern bis 1994 auf fast 10 vH gestiegen ist¹². Die Ergebnisse des SOEP zeigen, daß einkommensschwache Haushalte in Ostdeutschland durch die bisherigen Mietanpassungen mehr als ein Drittel des Nettoeinkommens für Mieten einschließlich Heizung und Warmwasser zahlen müssen. Die Möglichkeiten durch Umzug in eine preiswerte Wohnung weiteren Mieterhöhungen zu entgehen, sind eher gering, da Neumieter in Ostdeutschland auch in den sanierten Altbauwohnungen mit Marktmieten rechnen müssen.

Die Einführung eines Vergleichsmietensystems in Ostdeutschland ist ein weiterer Schritt, schnell zu marktwirtschaftlichen Verhältnissen in der Wohnungswirtschaft zu kommen. Bei pauschalen Erhöhungen der Grundmieten bestünde jedoch die Gefahr, daß auch solche Vermieter davon profitieren, die nur geringe bzw. gar keine Investitionen zur Verbesserung der Wohnqualität vorgenommen haben. Daher sollten sich weitere Mietanhebungen zunehmend auf solche Wohnungen konzentrieren, die durch umlagefähige Modernisierungen Wohnwertverbesserungen aufweisen. Dies fördert auch die notwendige Zunahme der Mietendifferenzierung als Voraussetzung für ein effizientes Vergleichsmietensystem. Dabei muß sichergestellt werden, daß es für einkommensschwache Haushalte durch den Bezug von Wohngeld zu keiner nennenswerten Ausweitung der Belastungsquote kommt¹³.

¹¹ Vgl. Grundlinien der Wirtschaftsentwicklung. Bearb.: Arbeitskreis Konjunktur. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 1/95.

¹² Vgl. Die Einkommen in Ostdeutschland steigen weiter — auch die Einkommensarmut nimmt wieder zu. Bearb.: Peter Krause. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 51-52/94.

¹³ Die Expertenkommission zur Wohnungspolitik hat die Zahlung eines Sonderwohngeldes empfohlen, daß „speziell auf Belastungsänderungen anspricht und sich selbsttätig abbaut, wenn im Zeitablauf keine erneuten Belastungsänderungen auftreten“. Vgl. Wohnungspolitik für die neuen Länder, a.a.O., S. 8.

Bulgarien: Anzeichen für ein Ende der Rezession

Seit der politischen Wende im Jahr 1989 verringerte sich das reale Bruttoinlandsprodukt (BIP) Bulgariens um nahezu 30 vH. Die Kontraktion verlangsamte sich jedoch 1992. 1994 gab es erstmals keinen Rückgang des realen Bruttoinlandsprodukts mehr, und die reale Industrieproduktion nahm um 4 vH zu. Allerdings stiegen die Verbraucherpreise mit einer Rate von 120 vH doppelt so stark wie 1993. Für das laufende Jahr beabsichtigt die Regierung, neue soziale Maßnahmen zu ergreifen und die bisher vernachlässigten strukturellen Reformen durchzuführen.

Die Transformation von der Planwirtschaft zur Marktwirtschaft begann Anfang 1991 inmitten eines starken Abschwungs. Zu dessen Ursachen zählen u.a. die Auflösung des Handelsverbundes im RGW, der Wegfall von Nachfrage aus dem Nahen Osten und die Verteuerung der Energieimporte (Erdöl und Erdgas). Im Februar 1991 wurden die Preise im Binnen- und Außenhandel sowie der Wechselkurs freigegeben. Die Zentralbank erhielt eine gesetzlich wenig beschränkte Autonomie. Die erforderlichen strukturellen Reformen (Privatisierung und Anpassung des Rechtssystems an marktwirtschaftliche Erfordernisse sowie Aufbau von Finanzmärkten) wurden zwar in Angriff genommen, aber nicht konsequent durchgeführt. Auf diesem Gebiet ist Bulgarien verglichen mit der Gruppe mitteleuropäischer Länder im Verzug.

Gesamtwirtschaftliche Entwicklung

Die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung ist erst im Aufbau begriffen und weist gravierende Inkonsistenzen auf. Unzureichend werden der Außenhandel und die internationalen Kapitalbewegungen erfaßt. Wenig Informationen gibt es über den — vermutlich hohen — Anteil der Schattenwirtschaft am Bruttoinlandsprodukt. Schwierig zu erfassen ist auch der beträchtlich gestiegene Umfang der Dienstleistungen.

Mit diesen Einschränkungen ist festzustellen, daß sich das reale Bruttoinlandsprodukt im Zeitraum von 1989 bis 1994 um nahezu 30 vH verringerte (vgl. Tabelle 1). Die Transformation führte erwartungsgemäß zu Strukturänderungen bei der Entstehung und der Verwendung des Sozialprodukts: Die Anteile von Landwirtschaft und produzierendem Gewerbe (Industrie, Bergbau und Bauwirtschaft) verringerten sich, und der Anteil der früher nur unvollständig berücksichtigten Dienstleistungen stieg deutlich. Auf der Verwendungsseite nahm der Anteil der Investitionen tendenziell ab; der Anteil des Konsums erhöhte sich und der negative Außenbeitrag stieg weiter.

Produktion

Die *Industrieproduktion* nahm von 1989 bis 1993 um über 40 vH ab. Maschinenbau und Elektrotechnik waren von der Auflösung der RGW-Märkte am stärksten betroffen (vgl. Tabelle 2). Aufgrund steigender Exporte von Chemikalien (insbesondere petrochemischen Erzeugnissen), Baustoffen, NE- und Eisenerzeugnissen sowie von Holzwaren kam es im Jahr 1994 wieder zu einem Anstieg der Industrieproduktion. Die Auslastung der Industriekapazität stieg im staatlichen Sektor um 3 Prozentpunkte auf 60 vH und in dem noch sehr kleinen privaten Sektor um 9 Prozentpunkte auf 72 vH¹.

Seit 1989 bestimmen externe Schocks und unzureichende Reformmaßnahmen die Produktionsentwicklung im *Agrarsektor*. Landwirtschaftliche Kooperativen wurden aufgelöst und das Land „Liquidationsräten“ übergeben, wobei die angestrebte Rückgabe des Grundbesitzes an frühere Eigentümer ein Interimsvakuum in bezug auf Eigentumsrechte entstehen ließ. Wegen teilweise weiterbestehender Preiskontrollen für Nahrungsmittel und Exportbeschränkungen bestand wenig Anreiz zur Produktion, sie dürfte im Jahr 1994 weiter gesunken sein.

Privatisierung

Die Privatisierung kommt nur langsam voran. Immerhin wird der Anteil der Leistungen des Privatsektors am BIP im Jahre 1994 mit mehr als einem Fünftel angegeben². Das Privatisierungsgesetz von 1992 wurde Mitte 1994 erweitert; Vorbild war das Modell zur Privatisierung mittlerer und großer Unternehmen in der Tschechischen Republik³. Indes gibt es Wirtschaftsbereiche, die nicht privatisiert werden sollen. Als abgeschlossen gilt die Privatisierung von kleinen Betrieben im Dienstleistungssektor, ausgenommen Banken. Für Ende 1993 wurden folgende Anteile privater Betriebe am Umsatz (Einzelhandel) bzw. Bruttoproduktionswert (Agrarsektor, Bauwirtschaft und Industrie) angegeben⁴:

¹ Vgl. Tekuča stopanska konjunktura, Nr.12/1994, S. 5.

² Vgl. Wirtschaftsblatt, Nr. 1/1995, Sofia, S. 26.

³ Jeder volljährige Bürger kann eine gleiche Anzahl Beteiligungsscheine zum Bezug von Aktien der zur Privatisierung bestimmten Unternehmen oder von Anteilen an Investitionsfonds erwerben. Vgl. Duma vom 10. Juni 1994; Wirtschaft und Recht in Osteuropa, Nr. 3/1994, S. 88.

⁴ Vgl. National Statistical Institute, Statističeski spravočnik (Statistisches Taschenbuch) 1993.

Tabelle 1

Bulgarische Republik: Wirtschaftsindikatoren
Veränderung zum Vorjahr in vH

Wirtschaftsbereich	1990	1991	1992	1993	1. Hj. 1994	1994 ¹⁾	1995 ²⁾
Bruttoinlandsprodukt, real	-9,1	-11,7	-5,4	-4,2	-1,2	0,2	1,0
Industrieproduktion	-16,8	-22,2	-15,9	-6,9	-0,5	4,0	—
Bauproduktion	-9,1	-58,0	1,6	-13,7	-11,0	—	—
Fertiggestellte Wohnungen	-35,7	-25,5	-7,7	-39,3	-34,5	—	—
Landwirtschaftliche Produktion	-6,0	-0,3	-12,0	-18,2	—	-1,0	—
Pflanzliche Produktion	-7,4	18,6	-13,9	-23,9	—	8,0	—
Tierische Produktion	-4,6	-18,6	-9,5	-13,2	—	—	—
Bruttoanlageinvestitionen, real	-18,5	-19,9	-1,5	-21,6	—	—	—
Einzelhandelsumsatz	-8,7	-47,2	-6,4	-3,6	0,7	3,7	—
Verbraucherpreise	23,8	338,5	79,5	63,9	59,4	122,0	70,0
dar.: Nahrungsmittel	20,1	375,8	70,6	55,6	66,0	—	—
Monatlicher Durchschnittslohn, real ³⁾	6,9	-39,4	9,8	-6,5	-13,5	—	—
Registrierte Arbeitslose ⁴⁾	72,2	419	577	626	509	466 ⁵⁾	—
Arbeitslose in vH der Erwerbsbevölkerung	1,8	11,1	15,6	16,4	13,4	12,7 ⁵⁾	—

¹⁾ Vorläufige Angaben. — ²⁾ Prognose des Statistischen Amtes (Januar 1995). — ³⁾ Öffentlicher Sektor, Nominallohnindex deflationiert mit dem Verbraucherpreisindex. — ⁴⁾ Jahres- bzw. Halbjahresende, in 1000 Personen. — ⁵⁾ September 1994.
Quellen: National Statistical Institute, Statistical Yearbook 1993, Current Economic Business, Statistical News; Bulgarian National Bank, Annual Report, 1992, 1993 und January-June 1994; United Nations, Economic Commission for Europe, Economic Survey of Europe in 1993-1994; Statističeski spravočnik (Statistisches Taschenbuch) 1994.

Einzelhandel:	70 vH
Agrarsektor:	59 vH
Bauwirtschaft:	23 vH
Industrie:	3,3 vH.

ren, daß ein zunehmender Anteil der Arbeitslosen sich nicht mehr registrieren ließ. Nur etwa ein Drittel der Arbeitslosen bezieht Arbeitslosenunterstützung. Von den registrierten Arbeitslosen sind etwa 40 vH unter 30 Jahre alt und mehr als 50 vH ungelernte Arbeiter. Nach einer Untersuchung des nationalen Statistikamtes betrug die tatsächliche Arbeitslosenquote im Oktober 1994 20,5 vH⁷.

Die Absichten der neuen Regierung zur Privatisierung des Bankensystems sind nicht bekannt. Seit 1991 sind viele, relativ kleine Privatbanken gegründet worden. Ihr Marktanteil ist jedoch sehr gering.

Beschäftigung und Löhne

Die Beschäftigung verringerte sich von 1989 bis 1993 um über 1,3 Mill. auf 3,0 Mill. Personen. Der Rückgang der Beschäftigung seit 1989 betrifft vor allem das produzierende Gewerbe. Das Instrument des vorgezogenen Ruhestands wurde intensiv genutzt⁵. Trotz der Abnahme des Anteils des Agrarsektors am BIP erhöhte sich der Anteil der Beschäftigten in diesem Bereich an der Gesamtbeschäftigung (vgl. Tabelle 3). Dies läßt einen deutlichen Rückgang der Produktivität erkennen.

Die registrierte Arbeitslosigkeit erreichte Ende 1993 mit 16,4 vH einen Höchstwert. Im Herbst 1994 betrug sie 12,7 vH⁶. Dieser Rückgang ist vor allem damit zu erklä-

Die vom Beginn der Transformation bis Anfang 1993 praktizierte Besteuerung von „übernormativen“ Lohnerhöhungen sollte Entlassungen fördern, da als Besteuerungsgrundlage die betriebliche Lohnsumme und nicht der Durchschnittslohn gewählt wurde⁸. Diese Besteuerung (Einkommenspolitik) sollte neben der Geld- und Fiskalpolitik ein Anker der makroökonomischen Stabilisierung sein.

⁵ Vgl. ausführlich: Beleva, I., R. Jackman und M. Nenova-Amar: The Labor Market in Bulgaria. Paper prepared for the World Bank Conference on Unemployment, Restructuring and the Labor Market in East Europe and Russia, World Bank, Washington, D.C., 1993.

⁶ Vgl. Bulgarian National Bank: Monthly Bulletin, Nr. 5/1994, S. 18; Bulgarian Business News, Nr. 5/1995, S. 8.

⁷ Vgl. Wirtschaftsblatt, Nr.1/1995, Sofia, S. 26.

⁸ Die Steuer betraf Unternehmen, die sich zu mehr als 50 vH im Eigentum der öffentlichen Hand befanden und damit nahezu das gesamte produzierende Gewerbe, mittelgroße und Großbetriebe im Dienstleistungssektor einschließlich Finanzsystem.

Tabelle 2

Bulgarische Republik: Industrieproduktion¹⁾

	Branchenanteile in vH				Veränderungen zum Vorjahreszeitraum in vH	
	1990	1991	1992	1993	1993/ 1992	1. Hj. 1994/ 1. Hj. 1993
Industrie, insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	-6,9	-0,5
davon:						
Stromerzeugung	4,6	5,4	8,6	10,1	4,2	-4,1
Kohleindustrie	1,2	1,2	2,7	3,0	-1,0	-9,3
Eisen und Stahl	3,1	2,2	4,2	5,1	21,0	-6,2
NE-Metalle und Metallhalbzeug	2,3	2,0	4,0	5,1	18,0	3,5
Maschinenbauerzeugnisse	17,3	16,6	11,1	9,0	-21,0	-6,0
Elektrotechnik	12,6	9,2	6,0	5,9	-5,8	-9,4
Chemische Industrie	12,1	12,8	19,9	22,1	5,1	22,1
Baustoffe	3,2	2,7	2,9	2,8	-5,3	15,2
Holzwaren und Holzverarbeitung	2,7	2,7	2,7	2,9	-2,8	5,2
Zellstoff- und Papierindustrie	1,0	1,0	2,0	1,4	3,6	1,7
Textilindustrie	5,7	5,3	4,1	4,0	-10,9	-10,7
Bekleidungsindustrie	2,8	2,9	1,5	1,4	-17,4	6,9
Leder- und Schuhwaren	1,6	1,7	1,2	1,3	-15,3	-0,5
Nahrungs- und Genußmittel	23,3	27,1	25,1	21,6	-19,7	-16,7
Andere Sektoren	6,5	7,2	4,0	4,3	—	—
¹⁾ Staatlicher Sektor. <i>Quellen:</i> Statističeski spravočnik (Statistisches Taschenbuch) 1994, Statistical News, Nr. 2/94.						

Tatsächlich wurde dieses Instrument nur wenig angewendet⁹ (im Unterschied etwa zu Polen, wo eine ähnliche Regelung besteht). Die Reallohnsenkung in der Industrie folgte dem Rückgang der Produktivität aber nur mit Verzögerung¹⁰, so daß die Lohnstückkosten stiegen¹¹.

Die Einkommenspolitik wurde Anfang 1993 modifiziert: Die Steuer auf übernormative Lohnerhöhungen wurde durch ein Indexierungssystem ersetzt. Gesetzlicher Mindestlohn in der Wirtschaft, Löhne und Gehälter im öffentlichen Sektor, Arbeitslosenunterstützung, Renten und sonstige Sozialleistungen wurden quartalsmäßig indexiert, und zwar in Höhe von 90 vH der Inflation des vorangegangenen Quartals. Dieser Schritt macht es schwierig, die Inflation zurückzuführen; daher wurde die Indexierung von Löhnen und Gehältern im öffentlichen Sektor im April 1994 vorübergehend wieder aufgehoben¹². Im November 1994 wurden diese Löhne um 18 vH erhöht, entgegen einer Empfehlung des IWF, der für ein Einfrieren eintrat¹³. Gleichwohl sank der Reallohn¹⁴.

Preise

Im Februar 1991 wurden die Preise nahezu aller Waren und Dienstleistungen freigegeben. Preissubventionen

blieben nur bei einigen „sensiblen“ Dienstleistungen (Mieten, Verkehr), Energie und bestimmten Grundnahrungs-

⁹ Im Jahre 1992 unterlagen nur 8,4 vH der Unternehmen der Strafsteuer, wobei jedoch weniger als die Hälfte von ihnen die Steuer auch tatsächlich zahlte; vgl. Bulgarian National Bank: Bank Review, Nr.1/1994, S. 25. Gründe für die mangelhafte Anpassung des Unternehmenssektors sind letztlich die sogenannten „weichen Budgetrestriktionen“, d.h. das bis Juli 1994 fehlende Insolvenzrecht, tatsächliche oder erwartete Übernahme von Verlusten durch öffentliche Budgets, Kreditvergabe zu weichen Konditionen durch die staatlichen Banken und mangelnder Wettbewerb.

¹⁰ Zu berücksichtigen ist, daß im Zuge der allgemeinen Preisliberalisierung Verbraucherpreise stärker stiegen als Erzeugerpreise, so daß der beschäftigungsrelevante Reallohn (Nominallohn deflationiert mit Erzeugerpreisindex) weniger sank als der für die privaten Haushalte relevante Reallohn.

¹¹ Vgl. Bulgarian National Bank: Bank Review, Nr. 1/1994, S. 26.

¹² Vgl. Bulgarian Business News, Nr. 18/1994, S. 8.

¹³ Vgl. Bulgarian Business News, Nr. 47/1994, S. 11.

¹⁴ Der Lohnanstieg (gemessen in US-\$, vgl. Tabelle 4) gibt insofern ein falsches Bild. Er ist vor allem auf die —gemessen an der Kaufkraftparität— bestehende Unterbewertung des Lew und die darauf folgende, von 1992 bis Ende 1993 anhaltende reale Aufwertung zurückzuführen.

Tabelle 3

Bulgarische Republik: Beschäftigte und Bruttoinlandsprodukt nach Sektoren

	Beschäftigte ¹⁾			Beitrag zum BIP, nominal		
	Anteile in vH					
	1990	1992	1993	1990	1992	1993
Insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
darunter:						
Land- und Forstwirtschaft	18,5	21,2	22,9	18,3	11,5	9,2
Produzierendes Gewerbe ²⁾	44,8	38,8	36,9	50,0	43,1	39,6
Dienstleistungen ³⁾	36,7	40,0	40,2	31,7	45,4	51,2

¹⁾ Jahresdurchschnitt. — ²⁾ Industrie, Bergbau, Bauwirtschaft. — ³⁾ Berechnet als Residualgröße.
Quelle: Berechnet nach Statističeski Spravočnik (Statistisches Taschenbuch) 1994.

mitteln bestehen¹⁵. Nach dem anfänglichen Preisschock blieb die Inflationsrate zunächst hoch. Im Jahr 1994 stieg sie auf 122 vH, obwohl das gesamtstaatliche Haushaltsdefizit deutlich — von über 11 auf 6,4 vH — verringert und nicht durch Geldschöpfung finanziert wurde. Drei Faktoren können hierzu beigetragen haben: Erstens wurde Anfang April eine Mehrwertsteuer von 18 vH eingeführt, bei gleichzeitigen Preiserhöhungen für Energie (Elektrizität: +29 vH, Fernwärme: +89 vH und feste Brennstoffe: +40-50 vH) sowie für Post- und Verkehrsdienstleistungen. Zweitens kann der Übergang zu weitgehender Indexierung der Löhne die Inflation verstärkt haben. Drittens kam 1994

die reale Aufwertung des Lew zum Stillstand, die in den beiden Jahren zuvor die Inflationsrate gedämpft hatte.

Außenwirtschaftliche Entwicklung

Ende der 80er Jahre hatten Bulgariens Importüberschüsse im Handel mit den westlichen Industrieländern stark zugenommen. Sie führten zu einer schnell wachsen-

¹⁵ Im Jahr 1994 wurden die Preiskontrollen auf 23 Arten von Lebensmitteln ausgeweitet. Für weitere Lebensmittel gibt es eine sogenannte „informelle Beaufsichtigung“ der Preisentwicklung. Vgl. Transition, Vol. 1, Nr. 1/1995, Prag, S. 20.

Tabelle 4

Mittel- und Osteuropa: Durchschnittliche Monatsgehälter 1990 bis 1994¹⁾
in US-\$

Land	1991	1992	1993	1. Hj. 1994	Veränderung in vH		
					1992/91	1993/92	1. Hj. 1994/ 1. Hj. 1993
Bulgarien	54	89	114	84	64,8	28,1	-14,3
Polen ²⁾	166	214	220	229	28,9	2,8	1,7
Rumänien	98	66	73	70	-32,7	10,6	14,1
Slowakei ³⁾	127	148	170	178	16,5	14,9	7,2
Tschechien ⁴⁾	128	154	199	222	20,3	29,2	18,0
Ungarn ⁵⁾	240	278	288	297	15,8	3,6	8,4

¹⁾ Bruttogehälter im öffentlichen Sektor, Rumänien Nettogehälter. — ²⁾ Einschließlich Privatbetriebe mit über 5 Beschäftigten. — ³⁾ Einschließlich Betriebe mit über 25 Beschäftigten. — ⁴⁾ 1991 einschließlich Betriebe ab 100 Beschäftigte, seit 1992 Betriebe mit über 25 Beschäftigten. — ⁵⁾ Einschließlich Betriebe mit über 20 Beschäftigten.

Quellen: United Nations, Economic Commission for Europe, Economic Survey of Europe in 1993-1994; Statistical Bulletin der Visegrad-Länder, Nr. 3/1993 und Nr. 2/1994; Bulgarian National Bank; Report, January-June 1994; Monthly Statistical Bulletin (Romania); Devisenkursstatistik der Deutschen Bundesbank; Berechnungen des DIW.

Tabelle 5

Bulgarische Republik: Außenhandel 1992 bis 1. Halbjahr 1994

Handelspartner	1992	1993	1. Halbjahr 1994	Veränderung in vH	
	Mill. US - Dollar ¹⁾			1993/92	1. Hj. 1994/ 1. Hj. 1993
Gesamtausfuhr	3922	3582	1563	-8,7	-17,5
Mittel- und osteuropäische Länder ²⁾	1538	1269	513	-17,5	-21,1
ehem. UdSSR	880	528	—	-40,0	—
ehem. Jugoslawien ³⁾	407	380	—	-6,7	—
OECD-Länder	1654	1541	—	-6,8	—
EG (12)	1153	1005	495	-12,8	-2,1
Deutschland	300	246	116	-18,0	0,5
EFTA	146	105	34	-28,0	-43,9
Entwicklungsländer	730	773	—	5,9	—
Gesamteinfuhr	4469	4315	1423	-3,4	-41,5
Mittel- und osteuropäische Länder ²⁾	1621	1853	445	14,3	-59,5
ehem. UdSSR	1028	1277	—	-24,2	—
ehem. Jugoslawien ³⁾	103	90	—	-12,1	—
OECD-Länder	1958	1837	—	-6,2	—
EG (12)	1388	1302	546	-6,2	-16,6
Deutschland	536	532	204	-0,7	-13,7
EFTA	270	246	89	-8,9	-31,5
Entwicklungsländer	890	625	—	-29,8	—

¹⁾ Errechnet mit dem Wechselkurs der Bulgarischen Nationalbank für das jeweilige Quartal bzw. Gesamtjahr. — ²⁾ Albanien, ehem. CSFR, ehem. UdSSR, Polen, Rumänien, Ungarn, ehem. Jugoslawien. — ³⁾ Summe von Bosnien-Herzegowina, Mazedonien, Slowenien, Kroatien und Rest-Jugoslawien.

Quellen: National Statistical Institute, Export and Import 4/1993; Statistical News, Nr. 1 und 2/1994.

den Schuld in konvertiblen Währungen, deren Bedienung bereits vor dem Zusammenbruch des Handels zwischen den früheren RGW-Ländern und dem UN-Embargo gegen Serbien und Montenegro schwierig war. Der Übergang zu einem flexiblen Wechselkurs Anfang des Jahres 1991 und die damit verbundene starke reale Abwertung scheinen jedoch einen deutlich positiven Effekt auf die Leistungsbilanz gehabt zu haben.

Die Daten zur Zahlungsbilanz sind indes umstritten. Die vom Zoll und von der Zentralbank erfaßten Zahlen weichen stark voneinander ab (vgl. Tabellen 5 bis 7)¹⁶. Vorläufige Schätzungen für das erste Halbjahr 1994 besagen, daß sich nach der Verschlechterung der Handels- und Leistungsbilanz im Jahre 1993 wieder eine Besserung ergeben hat. Der Zugang zu internationalen Kreditmärkten war nach dem Ende der ordnungsgemäßen Bedienung der Auslandsschuld im Jahre 1990 verspermt. Ein von den westlichen Gläubigerbanken 1994 gewährter teilweiser Schuldenerlaß und die zeitliche Streckung der Auslandsschuld öffneten diesen Zugang aber wieder und erleichterten die Zahlungsmodalitäten im Außenhandel¹⁷. Die Dienstlei-

stungsbilanz bleibt jedoch aufgrund der wiederaufgenommenen Zinszahlungen belastet. Anders als in vielen Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion scheinen die Kapitalexporte (Kapitalflucht) während der Transformation moderat geblieben zu sein (vgl. Tabelle 6, kurzfristiger Kapitalverkehr).

Sowohl die Ausfuhr als auch die Einfuhr konzentrierten sich bis 1992 zunehmend auf die Europäische Union und

¹⁶ Die in Tabelle 6 aufgeführten Daten beruhen auf der Zentralbankstatistik, während die in Tabellen 5 und 7 angegebenen Handelsdaten aus der Zollstatistik stammen.

¹⁷ Die sich über die Jahre 1993 und 1994 hinziehenden Verhandlungen mit Gläubigern führten Mitte 1994 zu folgendem Ergebnis: Der Londoner Club vertritt den größten Anteil an Bulgariens externer Schuld, nämlich rund 9,3 Mrd. US-\$ (von 13,2 Mrd. US-\$ Ende 1993), von denen 60,5 vH in Anleihen mit 30jähriger Laufzeit und einem Abschlag von 50 vH umgewandelt wurden. 27 vH dieser Schuld wurden zum Nennwert in Anleihen mit einer Laufzeit von 18 Jahren umgewandelt, 12,5 vH der Schuld wurden mit einem Abschlag von rund 75 vH von Bulgarien zurückgekauft. Vgl. Bulgarisches Wirtschaftsblatt, Nr. 8/1994, sowie Neue Zürcher Zeitung vom 1. Juli 1994. Die gesamte externe Schuld dürfte sich damit auf rund 9,5 Mrd. US-\$ verringert haben.

Tabelle 6

Bulgarische Republik: Zahlungsbilanz
in Mill. US-Dollar

	1990	1991	1992	1993	1. Hj. 1994
Saldo der Leistungsbilanz	—860	—77,0	451,6	—900,4	277,4
Handelsbilanzsaldo	—757	—32,0	484,5	—695,1	193,7
Exporte	2615	3737,0	5093,0	3635,3	1563,2
Importe	3372	3769,0	4608,5	4330,4	1369,5
Dienstleistungsbilanzsaldo	—211	—114,0	—75,8	—242,2	—4,8
Verkehr	51	—13,8	—31,7	—83,9	—
Tourismus	78	—84,2	26,1	69,5	—
Zinsen	—396	—28,1	—76,0	—192,3	—
sonstige	56	12,1	5,8	—35,5	—
Saldo der Übertragungsbilanz	108	69,0	42,9	36,9	88,5
Saldo der Kapitalverkehrsbilanz	—135	115,0	—31,5	148,4	190,9
Direktinvestitionen (netto)	0	55,9	41,5	55,4	25,1
Erhaltene mittel- und langfristige Kredite (netto) ¹⁾	—414	—48,1	42,1	—46,3	33,8
Vergebene Kredite (netto) ²⁾	299	294,9	32,5	207,3	102,6
Jamburg Pipeline ³⁾	—	202,5	9,1	161,2	—
kurzfristiger Kapitalverkehr	—20	—187,7	—147,6	—68,0	29,4
Restposten, statistische Fehler	127	26,2	—94,0	263,2	—70,0
Saldo der Devisenbilanz	—868	64,2	326,1	—488,8	398,3

1) Nettorückzahlung (—). — 2) Nettorückzahlung (+). — 3) Wert empfangener Gaslieferungen für eine der ehem. UdSSR gelieferte Gaspipeline.
Quellen: Statističeski spravočnik (Statistisches Taschenbuch) 1994, S. 105; Bulgarian National Bank, Annual Report 1993, S. 128; Report, January-June 1994, S. 23.

Entwicklungsländer (vgl. Tabelle 8). Im Jahre 1993 nahm allerdings nur die Ausfuhr in Entwicklungsländer zu; die sinkenden Anteile der Europäischen Union und der Entwicklungsländer korrespondierten mit einem wieder gestiegenen Gewicht osteuropäischer Länder und der Nachfolgestaaten der Sowjetunion. Es kam auch zu Änderungen bei den gehandelten Güterarten. Wurden früher vor allem Güter mit relativ hohem Anteil der Faktoren Kapital und qualifizierte Arbeit exportiert, so überwiegen gegenwärtig Rohstoffe und Halbwaren, d.h. Güter mit relativ hohem Anteil weniger qualifizierter Arbeit. Einfache kapitalintensive Güter haben jedoch auch weiterhin Bedeutung (insbesondere chemische Produkte, Eisen und Stahl sowie Metallerzeugnisse).

Die Devisenreserven blieben während der vergangenen Jahre auf sehr niedrigem Niveau; sie deckten die Importe für ungefähr 2 Monate. Ende September 1994 — nach Erhalt von Zahlungen vom IWF (3. Beistandsabkommen) und von der japanischen Export-Import Bank — betrug der Bestand 750 Mill. US-\$.

Fiskalpolitik

Tabelle 9 zeigt den konsolidierten Staatshaushalt; er umfaßt die regionalen Haushalte, die Sozialversicherung und

einzelne ausgegliederte Budgets¹⁸. Im Vergleich mit anderen mittel- und osteuropäischen Ländern erfuhr Bulgarien einen besonders starken Einnahmenrückgang. Im Zeitraum von 1989 bis 1993 verringerte sich der Anteil der Steuereinnahmen am BIP um über 16 Prozentpunkte, vor allem aufgrund der schlechten Gewinnlage bei Unternehmen und geringerer Einnahmen aus Verbrauchsteuern, weniger aufgrund diskretionärer Maßnahmen¹⁹. Auch auf der Ausgabenseite weicht die Entwicklung in Bulgarien von derjenigen in anderen mitteleuropäischen Ländern ab: Aufgrund des deutlichen Rückgangs des realen BIP, abso-

¹⁸ Daten zum konsolidierten Staatshaushalt liegen nur bis 1992 vor. Dagegen veröffentlicht die Zentralbank ohne größere Verzögerung den Haushalt der Zentralregierung (vgl. Tabelle 10). Inkonsistenzen zwischen Zentralhaushalt und konsolidiertem Haushalt bestehen für das Jahr 1992 zum einen in bezug auf die Subventionen und zum anderen in bezug auf die Zinsausgaben.

¹⁹ Diskretionäre Steuersenkungen erfolgten, weil das Steuersystem westlichen Standards angepaßt wurde (vor allem Senkung des Körperschaftsteuersatzes auf 40 vH, teilweise Anerkennung des Zinsabzugs bei der Unternehmensbesteuerung, Einführung einer progressiven Einkommensteuer mit Grenzsteuersätzen bis zu 85 vH, Einführung einer Mehrwertsteuer (18 vH) im April 1994 sowie Einführung einer Quellensteuer auf Zinserträge ab 1996 (20 vH)); jedoch wurden diese Änderungen mittels Übergangsregelungen teilweise wieder ausgesetzt, um den Rückgang des Steueraufkommens zu begrenzen.

Tabelle 7

Bulgarische Republik: Außenhandel nach Warengruppen

Warengruppe	Mill. US-Dollar		Anteile in vH		Veränderung 1993/92 in vH
	1992	1993	1992	1993	
Export					
Nahrungs- und Genußmittel	956	694	24,4	19,4	-27,4
Steine und Erden, Erze	71	72	1,8	2,0	2,6
Energierohstoffe	264	282	6,7	7,9	6,6
Chemische Erzeugnisse, Gummiwaren	561	572	14,3	16,0	2,0
Pelze und Häute	20	22	0,5	0,6	10,7
Holz- und Holzwaren,					
Pappe und Papierwaren	104	116	2,6	3,2	11,6
Stoffe und Bekleidung, Schuhwaren	344	343	8,8	9,6	-0,2
Feinkeramik, Glas und Glaswaren	63	48	1,6	1,3	-23,6
Eisen und Stahl, Metalle und					
Metallerzeugnisse	598	642	15,2	17,9	7,4
Maschinen, Mechanische Ausrüstungen	273	247	7,0	6,9	-9,5
Elektrotechnische Erzeugnisse	248	180	6,3	5,0	-27,4
Fahrzeuge	135	87	3,4	2,4	-35,4
Optische Erzeugnisse, Uhren	12	11	0,3	0,3	-12,6
Möbel und Zubehör	41	31	1,0	0,9	-22,8
Nicht aufgeführte Erzeugnisse	233	234	5,9	6,5	0,5
Summe	3922	3582	100,0	100,0	-8,7
Import					
Nahrungs- und Genußmittel	365	392	8,2	9,1	7,3
Steine und Erden, Erze	91	81	2,0	1,9	-11,1
Energierohstoffe	1682	1539	37,6	35,7	-8,5
Chemische Erzeugnisse, Gummiwaren	457	502	10,2	11,6	9,9
Pelze und Häute	17	19	0,4	0,4	9,9
Holz- und Holzwaren,					
Pappe und Papierwaren	100	110	2,2	2,5	10,0
Stoffe und Bekleidung, Schuhwaren	306	267	6,9	6,2	-13,0
Feinkeramik, Glas und Glaswaren	30	36	0,7	0,8	17,4
Eisen und Stahl, Metalle und					
Metallerzeugnisse	246	255	5,5	5,9	3,6
Maschinen, Mechanische Ausrüstungen	390	385	8,7	8,9	-1,2
Elektrotechnische Erzeugnisse	200	156	4,5	3,6	-22,2
Fahrzeuge	317	297	7,1	6,9	-6,5
Optische Erzeugnisse, Uhren	78	87	1,8	2,0	11,4
Möbel und Zubehör	13	19	0,3	0,4	52,1
Nicht aufgeführte Erzeugnisse	176	171	3,9	4,0	-2,7
Summe	4468	4315	100,0	100,0	-3,4
<i>Quellen:</i> National Statistical Institute, Export and Import 4/1993; Berechnungen des DIW.					

lut steigender externer Schuld und hoher Abwertung erhöhte sich Relation der staatlichen Zinsausgaben zum BIP von 3 vH im Jahre 1989 auf 18,5 vH im Jahre 1991. Begrenzt wurde der Anstieg im Jahre 1992 durch eine teilweise Einstellung des Schuldendienstes auf die externe Schuld. Jedoch führten die hohen Defizite seit 1990 (vgl. Tabellen 9 und 10), die intern und überwiegend durch Ausgabe von Schuldverschreibungen finanziert wurden, zu schnell wachsender öffentlicher Binnenverschuldung in Relation zum BIP. Außerdem war aufgrund der Zinsliberalisierung Anfang 1991 der Realzins auf Kredite meist geringfügig positiv, so daß der (zunehmende) Teil der Schuldverschreibungen, der am freien Markt verkauft wird, nicht durch die Inflation entwertet wurde. Seit März 1994 wird das Defizit

vollständig über die Versteigerung von Anleihen an Banken finanziert. Die absolute Verschuldung des Staates gegenüber der Zentralbank verringerte sich sogar²⁰.

Herausragende Charakteristika der Fiskalpolitik sind im Jahr 1994 der Anstieg der Einnahmen (vor allem aufgrund der Einführung der Mehrwertsteuer), die deutliche Zunahme der Zinsausgaben und die Verringerung der übrigen Ausgaben (vgl. Tabelle 10). Die Einnahmen aus der Unternehmensbesteuerung stabilisierten sich auf niedrigem Niveau. Bei den laufenden Ausgaben ergab sich eine Umschichtung von Sach- und Verteidigungsausgaben zu So-

²⁰ Vgl. Bulgarian National Bank: Monthly Bulletin, Nr. 6/1994, S. 7.

Tabelle 8

Bulgarische Republik: Länderstruktur des Außenhandels 1989 bis 1. Halbjahr 1994

Handelspartner	Anteile in vH					
	1989	1990	1991	1992	1993	1. Hj. 1994
Gesamtausfuhr	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
Mittel- und osteuropäische Länder ¹⁾	83,5	77,3	57,7	39,2	35,4	31,4
ehem. UdSSR	65,2	64,0	49,8	22,4	19,4	—
ehem. Jugoslawien ²⁾	1,0	1,0	2,8	10,4	10,6	—
OECD-Länder ³⁾	8,1	11,9	27,7	42,2	43,1	—
EG (12) ³⁾	5,5	7,8	15,7	29,4	28,1	31,8
Deutschland ³⁾	1,4	4,2	4,8	7,6	6,9	7,2
Entwicklungsländer	8,4	10,8	14,6	18,6	21,5	—
Gesamteinfuhr	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
Mittel- und osteuropäische Länder ¹⁾	72,7	69,2	48,5	36,3	42,9	34,7
ehem. UdSSR	52,9	56,5	43,2	28,6	36,2	—
ehem. Jugoslawien ²⁾	0,9	0,9	2,0	2,3	2,1	—
OECD-Länder ³⁾	17,2	21,5	37,3	43,8	42,6	—
EG (12) ³⁾	10,3	16,2	20,7	31,1	30,2	36,3
Deutschland ³⁾	3,0	10,4	7,0	11,8	12,3	14,7
Entwicklungsländer	10,1	9,3	14,2	19,9	14,4	—

1) Albanien, ehem. CSFR, Polen, Rumänien, Ungarn, ehem. UdSSR, ehem. Jugoslawien, 1989 einschließlich ehem. Ostdeutschland. — 2) 1992, 1993 und 1. Halbjahr 1994 ehem. Jugoslawien: Summe von Bosnien-Herzegowina, Mazedonien, Slowenien, Kroatien und Rest-Jugoslawien. — 3) 1989 nur Westdeutschland, 1990 bis 1. Halbjahr 1994 einschließlich ehem. Ostdeutschland.
 Quellen: National Statistical Institute, Statistical Yearbook of Republic of Bulgaria 1992; Export and Import 4/1993; Statistical News Nr. 1 und 2/1994; Berechnungen des DIW.

zialausgaben. Die Subventionen wurden nicht deutlich verringert.

Mit dem Abbau des Primärdefizits (Defizit ohne Zinsausgaben) verbesserte die Regierung ihre Kreditwürdigkeit. Zugleich wurde damit eine Begrenzung der Schulden und des Geldmengenwachstums möglich. Bei glaubwürdiger Politik kann sich auch ein positiver Erwartungseffekt einstellen: Die Märkte rechnen dann mit zukünftig niedrigeren Fiskaldefiziten, geringerer Steuerbelastung und niedrigerem Zins. Positive Auswirkungen auf Investitionen, gegenwärtigen Konsum und wirtschaftliches Wachstum wären die Folge.

Geldpolitik

Seit Beginn der Transformation benutzt die Bulgarische Nationalbank zur Geldmengenkontrolle vor allem das Instrument individueller Kreditobergrenzen für Banken. Dieses Instrument ist wettbewerbsschädlich, weil es effiziente Banken benachteiligt. Es wurde daher geringfügig verfeinert, indem der Stand der Einlagen, die Liquidität sowie die Risiken des jeweiligen Kreditportefeuilles berücksichtigt wurden. Dennoch bleibt es ein grobes Instrument, das nur für die Übergangsperiode zu rechtfertigen ist. Die Entwicklung eines Geldmarktes in jüngerer Vergangenheit ermöglichte den Einsatz indirekter Mittel, und zwar vor allem der

Mindestreserve- und der Zinspolitik²¹. Wie typisch für Länder, die sich in einer Stabilisierungsphase befinden, war die Kontraktion der realen Geldmenge (in weiter Abgrenzung)²² seit 1990 stärker als der Rückgang des realen BIP. Der schwindende Geldwert führte zu einer Abnahme der realen Geldnachfrage. Voraussetzung für eine höhere reale Geldhaltung ist die Verringerung der Inflationserwartungen. Trotz der seit 1991 überwiegend negativen Realzinsen auf Einlagen wurde eine weitgehende „Dollarisierung“ bisher vermieden. Die Relation von Guthaben bei Banken in Auslandswährung zum BIP nahm sogar von 19 vH Ende des Jahres 1992 auf 18 vH Ende des Jahres 1993 ab²³. Dies ist möglicherweise darauf zurückzuführen, daß aufgrund der realen Aufwertung des Lew im Zeit-

²¹ Vgl. Bulgarian National Bank: Bank Review, Nr. 1/1994, S. 12 ff. Mindestreservesätze sind mit durchschnittlich 8 vH im Vergleich zu anderen osteuropäischen Ländern gering.

²² M3 schließt in Bulgarien Guthaben in Auslandswährung ein. Die Zusammensetzung von M3 hat sich im Zuge der Transformation und als Folge der Inflation deutlich geändert: Der Anteil relativ hochverzinslicher Termineinlagen (einschließlich Guthaben in Auslandswährung) wuchs deutlich, und zwar von weniger als 10 vH Ende 1990 auf über 75 vH Mitte 1994. Der Anteil der Guthaben in Auslandswährung blieb seit Ende 1992 mit etwas unter 20 vH relativ konstant.

²³ Vgl. Bulgarian National Bank: Report, January-June 1994, S. 80.

Tabelle 9

Bulgarische Republik: Konsolidierter Staatshaushalt 1989 bis 1994

	1989	1990	1991	1992	1993	1994
	in vH des BIP					
Einnahmen	58,0	53,3	41,8	41,7	41,1	—
Steuereinnahmen	50,2	43,3	38,9	—	—	—
Steuer auf Gewinne	23,2	17,9	17,1	—	—	—
Lohnsteuer	4,1	4,2	3,6	4,9	—	—
Verbrauchsabgaben	11,2	9,0	7,4	—	—	—
Sozialabgaben	9,9	9,6	8,6	—	—	—
Sonstige	2,0	2,4	2,2	—	—	—
Nicht-Steuereinnahmen	7,8	9,9	2,9	—	—	—
Ausgaben	61,4	64,3	57,4	47,4	52,5	—
Laufende Ausgaben	55,9	61,2	55,4	—	—	—
Löhne und Gehälter	4,7	5,5	5,0	—	—	—
Sachausgaben	14,5	12,2	9,3	—	—	—
Sicherheit	4,9	4,8	4,1	—	—	—
Subventionen	15,5	14,9	4,2	—	—	—
Zinsausgaben	3,1	9,5	18,5	15,2	—	—
Sozialausgaben	10,4	12,0	14,2	—	—	—
Sonstige	—	2,3	0,1	—	—	—
Investitionsausgaben	2,9	3,1	2,0	—	—	—
<i>Nachrichtlich:</i>						
Nicht-Zinsausgaben	58,3	54,8	38,9	32,2	—	—
Primärüberschuß/defizit (—)	—0,3	—1,5	2,9	9,5	—	—
Gesamtüberschuß/defizit (—)	—3,4	—11,0	—15,6	—5,7	—11,4	—6,4
Gesamtverschuldung (netto) ¹⁾	—	89,9	175,2	167,1	140,3	112,0
1) Schätzung.						
<i>Quellen:</i> Bulgarian National Bank, Annual Report und Monthly Bulletin, verschiedene Ausgaben; World Bank, World Debt Tables 1993-94, External Finance for Developing Countries.						

raum 1992/93 die Ertragsrate auf eine Anlage in Lew höher war als in US-\$. Im Zuge der sich an die Inflationsdifferenz zum US-\$ angleichenden Abwertung des Lew im Jahre 1994 hat sich der Vorteil jedoch in einen Nachteil umgekehrt.

Die Dämpfung der Inflationserwartungen wird möglicherweise durch das flexible Wechselkursregime erschwert. Die starke Inflation macht es aber unmöglich, einen festen Wechselkurs einzuführen. Eine Alternative wäre somit etwa das *crawling peg*-Regime mit vorangekündigten monatlichen Abwertungsraten wie in Polen. Würde sich die Indexierung der Löhne auf eine glaubwürdig angekündigte niedrigere Inflationsrate beziehen, könnte das Lohnverhalten und somit ein wesentlicher Teil der Unternehmenskosten beeinflußt werden. Die Geldpolitik hätte bei diesem Vorgehen einen nominellen Anker. Die

Arbeitnehmervertretungen in den Betrieben bzw. die Gewerkschaften könnten sich darauf aber nur dann verlassen, wenn auch die staatliche Budgetfinanzierung als Inflationsquelle glaubhaft ausgeschaltet wird.

Resümee

Besonderheiten Bulgariens im Vergleich zu anderen mittel- und osteuropäischen Ländern liegen in der anfänglich höheren Außenverschuldung, einem höheren Geldüberhang und in größerer Abhängigkeit des Außenhandels von der Wirtschaftsentwicklung in den Nachfolgestaaten der Sowjetunion. Entsprechend deutlich war der negative externe Schock aufgrund des Zusammenbruchs des Handels unter den ehemaligen RGW-Ländern zu Beginn der Transformation. Besonderheiten bestehen auch bezüglich

Tabelle 10

Bulgarische Republik:
Zentraler Staatshaushalt 1992 bis 1994

	1992	1993	1994 ¹⁾
	in vH des BIP		
Einnahmen	20,3	19,3	23,1
Steuereinnahmen	15,8	14,3	17,3
darunter:			
Steuer auf Gewinne	5,3	1,7	2,3
Mehrwertsteuer	—	—	6,5
Nicht-Steuereinnahmen	4,5	5,0	5,8
darunter:			
Gewinn der Zentralbank	1,7	3,3	4,0
Ausgaben	26,3	30,8	30,0
Laufende Ausgaben	10,3	12,8	15,2
darunter:			
Zinsausgaben	6,6	9,7	12,2
auf Auslandsschuld	1,7	1,1	1,6
auf Inlandsschuld	5,0	8,6	10,6
Investitionsausgaben	0,0	0,1	0,1
Subventionen	16,0	17,9	14,8
<i>Nachrichtlich:</i>			
Nicht-Zinsausgaben	19,7	21,1	17,8
Primärüberschuß/defizit (-)	0,6	-1,8	5,3
Gesamtüberschuß/defizit (-)	-6,0	-11,5	-6,9

¹⁾ Schätzung Januar bis September.
Quelle: Bulgarian National Bank, Annual Report 1993 und Monthly Bulletin, Oktober 1994.

des institutionellen Rahmens: Erst fünf Jahre nach Beginn der Reformen entschied Bulgarien über ein Insolvenzrecht und über den Weg der Privatisierung von mittleren und großen Unternehmen. Positive Zeichen im Jahr 1994 waren der Anstieg der Industrieproduktion, die Verbesserung der Leistungsbilanz, die Verringerung und Umstrukturierung der externen Schuld, die Verringerung des Haushaltsdefizits, die Erhöhung des Primärüberschusses im Zentralhaushalt und die Verbesserung der Stabilität des Bankensystems durch Schuldenübernahme durch den Staat. Hoffnungen knüpfen sich auch an die stärkere Annäherung Bulgariens an die Europäische Union: Ende 1993 trat ein Interimsabkommen in Kraft, das den gegenseitigen Abbau von Zöllen und anderen Handelsschranken beinhaltet und somit den Außenhandel stimuliert. Dabei darf Bulgarien seine Einfuhr vorerst weiter schützen. Zur Verbesserung der Exportaussichten tragen auch Verhandlungen mit südlichen und östlichen Nachbarländern sowie mit Rußland über die Errichtung einer neuen Ölpipeline von Bulgarien nach Griechenland und die Verbesserung der Verkehrswege mit diesen Ländern bei.

Aus den Veröffentlichungen des DIW Beiträge zur Strukturforchung

Erscheinen seit 1967. Format DIN A 4.

- Heft 135 **Produktion und Produktionsfaktoren für Ostdeutschland. Kennziffern 1980 -1991.** Von Bernd Görzig. 131 S. 1992. (3 428 07461 0). DM 74,— / öS 578,— / sFr 74,—.
- Heft 136 **Strukturwandel im Prozeß der deutschen Vereinigung — Analyse der strukturellen Entwicklung.** Von Frank Stille u. a. 270 S. 1992. (3 428 07660 5). DM 104,— / öS 812,— / sFr 104,—.
- Heft 137 **Die Entwicklung des Straßenverkehrs in der Volksrepublik China bis zum Jahr 2000 — Chinesisch-deutsche Forschungsarbeit.** Teil I: Von Gerd Bahm u. a. Teil II: Von Hartmut Kuhfeld, Werner Rothengatter, Ulrich Voigt u. a. 593 S. 1992. (3 428 07661 3). DM 164,— / öS 1.280,— / sFr 164,—.
- Heft 138 **Beschäftigungswirkungen von Forschungs- und Entwicklungsaufwendungen — Eine sektorale und gesamtwirtschaftliche Untersuchung.** Von Gustav A. Horn. 204 S. 1993. (3 428 07459 9). DM 88,— / öS 687,— / sFr 88,—.
- Heft 139 **Zugang zu Bildung, Bildungsbeteiligung und Ausgaben für Bildung — Entwicklungen im Bildungssystem der Bundesrepublik Deutschland.** Von Friederike Behringer und Wolfgang Jeschek. 214 S. 1993. (3 428 07758 X). DM 92,— / öS 718,— / sFr 92,—.
- Heft 140 **Wirkungen der arbeitsmarktpolitischen Instrumente auf die wirtschaftliche Entwicklung in Ostdeutschland.** Von Kornelia Hagen, Volker Meinhardt, Wolfgang Scheremet, Angela Scherzinger. 170 S. 1993. (3 428 07759 8). DM 84,— / öS 656,— / sFr 84,—.
- Heft 141 **Die Reform der EG-Strukturfonds von 1988 — Konzeption, Umsetzung, Weiterentwicklung aus deutscher Sicht.** Von Fritz Franzmeyer, Bernhard Seidel, Christian Weise. 140 S. 1993. (3 428 07796 2). DM 78,— / öS 609,— / sFr 78,—.
- Heft 142 **Strukturelle Anpassungsprozesse in der Region Berlin-Brandenburg.** Von Kurt Geppert, Thomas Seidel und Kathleen Toepel. 351 S. 1993. (3 428 07816 0). DM 152,— / öS 1.186,— / sFr 152,—.
- Heft 143 **Untersuchungen zur Einkommensverteilung und -umverteilung in der DDR 1988 nach Haushaltsgruppen und Einkommensgrößeklassen auf der methodischen Grundlage der Verteilungsrechnung des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung.** Von Klaus-Dietrich Bedau, Jürgen Boje, Dietmar Dathe, Ruth Grunert, Volker Meinhardt, Jochen Schmidt, Heinz Vortmann. 193 S. 1993. (3 428 07833 0). DM 106,— / öS 827,— / sFr 106,—.
- Heft 144 **Modellrechnung zu den steuerlichen Effekten des Wohnungsbaus mit Bezug auf globale Ergebnisse der Einkommensteuerstatistik.** Von Bernd Bartholmai. 95 S. 1993. (3 428 07838 1). DM 82,— / öS 640,— / sFr 82,—.
- Heft 145 **Die Bedeutung des internationalen Dienstleistungshandels für die Bundesrepublik Deutschland.** Von Hans J. Petersen, Fritz Franzmeyer, Herbert Lahmann, Siegfried Schultz und Christian Weise. 311 S. 1993. (3 428 07841 1). DM 158,— / öS 1.233,— / sFr 158,—.
- Heft 146 **Analyse der direkten und indirekten Förderungseffekte für einen Wohnungsbaujahrgang am Beispiel Hamburgs.** Von Bernd Bartholmai. 110 S. 1993. (3 428 07862 4). DM 88,— / öS 687,— / sFr 88,—.
- Heft 147 **Finanzielle und finanzpolitische Konsequenzen eines gemeinsamen Bundeslandes Berlin-Brandenburg.** Von Dieter Vesper. 138 S. 1993. (3 428 07897 7). DM 96,— / öS 749,— / sFr 96,—.
- Heft 148 **Die Weltbevölkerung von den Anfängen des anatomisch modernen Menschen bis zu den Problemen seiner Überlebensfähigkeit im 21. Jahrhundert.** Von Rolf Krengel. 124 S. 1994. (3 428 07993 0). DM 98,— / öS 765,— / sFr 98,—.
- Heft 149 **Berechnung und Bewertung der Verkehrsinfrastruktur in den neuen Bundesländern.** Von Heinz Enderlein, Uwe Kunert und Heike Link. 178 S. 1994. (3 428 07992 2). DM 114,— / öS 890,— / sFr 114,—.
- Heft 150 **Quantitative Szenarien zur Bevölkerungs- und Wirtschaftsentwicklung in Deutschland bis zum Jahr 2000.** Von Bernd Görzig, Martin Gornig und Erika Schulz. 114 S. 1994. (3 428 08001 7). DM 98,— / öS 765,— / sFr 98,—.
- Heft 151 **Wechselwirkungen zwischen Infrastrukturausstattung, strukturellem Wandel und Wirtschaftswachstum.** Von Stefan Bach, Martin Gornig, Frank Stille und Ulrich Voigt. 249 S. 1994. (3-428-08188-9). DM 138,— / öS 1077,— / sFr 138,—.
- Heft 152 **Arbeitslosenstruktur und Bewegungen bei Arbeitslosigkeit und Beschäftigung in Berlin.** Von Klaus-Peter Gaulke. 179 S. 1994. (3 428 08187 0). DM 118,— / öS 921,— / sFr 118,—.
- Heft 153 **Gesamtwirtschaftliche Position der Medien in Deutschland 1982-1992.** Von Wolfgang Seufert. 263 S. 1994. (3-428-08255-9). DM 142,— / öS 1108,— / sFr 142,—.
- Heft 154 **Zeitreihen für das Bauvolumen in der Bundesrepublik Deutschland.** Von Bernd Bartholmai unter Mitarbeit von Jochen A. Hübener, Manfred Melzer, Joachim Schintke und Nicolai Mynter. 115 S. 1994. (3-428-08256-7). DM 98,— / öS 765,— / sFr 98,—.

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Königin-Luise-Str. 5, D-14195 Berlin
Telefon (0 30) 89 789-0 — Telefax (0 30) 89 789-200

Präsident: Prof. Dr. Lutz Hoffmann.

Abteilungsleiterkollegium: Dr. Heiner Flassbeck, Dr. Fritz Franzmeyer, Dr. Kurt Hornschild,
Prof. Dr. Wolfgang Kirner, Prof. Dr. Eckhard Kutter, Dr. Rolf-Dieter Postlep, Dr. Wolfram Schrettl, Dr. Bernhard Seidel, Dr. Hans-Joachim Ziesing.
Präsident und Abteilungsleiter sind gemeinsam für die wissenschaftliche Leitung verantwortlich.

Schriftleitung: Dr. Klaus Henkner.

Neue Bundesländer:

Wohnungsmieten 1994 und Stand der Modernisierungsmaßnahmen. Bearbeitet von Joachim Frick und Herbert Lahmann. —
Bulgarien: Anzeichen für ein Ende der Rezession. Bearbeitet von Maria Lodahl und Ulrich Thießen.

Verlag Duncker & Humblot GmbH, Carl-Heinrich-Becker-Weg 9, D-12165 Berlin, Telefon (0 30) 7 90 00 60.

Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — nur mit Quellenangabe zulässig.

Druck: ZIPPEL-Druck, Oranienburger Str. 170, D-13437 Berlin.

Bezugspreis für den Jahrgang DM 150,—, vierteljährlich DM 45,—, Einzelnummer DM 5,—.

Zuzüglich Versandkosten

ISSN 0012-1304

— Hierzu 1 Prospekt des Verlages Duncker & Humblot —